

[home](#) | [Über Zeit-Fragen](#) | [Leserdienst](#) | [Links](#) | [Archiv](#) | [Themen](#) | [Artikel 1](#) | [2](#) | [3](#) | [4](#) | [5](#) | [6](#) | [7](#)



aktuell Artikel 7: Zeit-Fragen Nr. 80b vom 5.6. 2001

Partitokratie versus Demokratie: das Beispiel Polen

von Prof. Dr. Jerzy Przystawa, Wrocław

Eine der wichtigsten Handlungen in einer Demokratie ist die Wahl von Volksvertretern. Der älteste Weg dazu, er wurde insbesondere in den englischsprachigen Ländern wie den USA, Grossbritannien, Kanada und anderen gewählt, ist denn auch denkbar einfach und allgemeinverständlich: Das Land wird in bevölkerungsmässig einigermaßen ausgeglichene Wahldistrikte aufgeteilt, die Anzahl der Distrikte entspricht der Anzahl von Volksvertretern im Parlament, und in jedem Wahldistrikt gibt es nur einen Vertreter zu wählen. Gewählt ist der Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Dieses Wahlsystem nennt man das System der einfachen Mehrheit (Majorzsystem) oder das Westminster-System.

Dieses System nennt man zuweilen auch entsprechend seiner englischen Abkürzung das FPTP-System (The First Past the Post System). Seine Beliebtheit liegt in seinen Vorzügen: Es ist einfach, klar und transparent. Nach dem Öffnen der Wahlurnen werden die Wahlergebnisse schnell bekannt, das ganze Wahlverfahren entspricht voll den Forderungen des Fair play. Schliesslich, und das ist nicht das Unbedeutendste: eine jahrhundertlange Erfahrung bestätigt, dass das FPTP-System normalerweise zu klaren parlamentarischen Mehrheiten und damit zu stabilen Regierungen führt.

Aber leider sind gradlinige und einfache Prozeduren nicht immer nach dem Geschmack kluger Leute: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts tauchten in einigen sich entwickelnden Demokratien Wahlsysteme auf, die man «Proporz»-System nannte. Findige Ideologen hatten erkannt, dass traditionelle Gesellschaften, die auf der überholten Idee der Verantwortung des Einzelnen beruhten (diese Idee ist übrigens die Basis für Ein-Sitz-Parlamentswahlen), sich solange nicht neuen Ideen öffnen würden, als man das Wahlsystem unangetastet liess. In dieser Zeit hielten Namen berühmter Mathematiker wie des Belgiers Victor d'Hondt oder des Franzosen André Saint-Laguë (er ist Mitbegründer der Graph-Theorie) plötzlich Einzug in Lehrbücher zum Verfassungsrecht und wurden so bekannt. In vielen Ländern wurden neue Methoden zur Verteilung von Parlamentssitzen unter die politischen Parteien und deren Kandidaten eingeführt, Methoden, welche nur noch Hochgebildete verstehen konnten, während die normal denkende Bevölkerung oft vor völlig erstaunlichen und unerwarteten Resultaten der Wahlen stand.

Im Gegensatz zum FPTP-System sind «proportionale Wege» so zahlreich und offen für ausgeklügelte Erfindungen, dass es überaus schwierig ist, alle Varianten zu beschreiben. Im folgenden werde ich mich auf das Beispiel der noch jungen polnischen Demokratie beschränken. Im kommenden Herbst werden die polnischen Stimmbürger ihr 4. freies und unabhängiges Parlament wählen. Dies wird geschehen im Rahmen eines neuen Wahlrechts, welches im gegenwärtigen Sejm (Unterhaus) eben jetzt Gegenstand hitziger

Debatten ist. Das Proporzsystem, das bei den ersten freien Wahlen 1991 zur Anwendung kam, war dasjenige von Saint-Laguë. Dann wurde es geändert in dasjenige von d'Hondt. Und nun werden wir bald ein neues modifiziertes Proporzsystem geniessen, das einen modifizierten Kompromiss zwischen d'Hondt und Saint-Laguë darstellt.

Art.96 der gegenwärtigen Polnischen Konstitution legt fest, dass der Sejm von 460 Volksvertretern gebildet wird, welche «in gleichen, direkten und proportionalen Volkswahlen» zu wählen sind. Wie diese Vorgaben umzusetzen sind, geht aus dem Wahlgesetz vom 28. Mai 1993 hervor. Art. 3 dieses Gesetzes stipuliert, dass «Sitze nur unter denjenigen Parteien und Komitees zu verteilen sind, welche nicht weniger als 5% der gültigen Stimmen des ganzen Landes erzielt haben». Art. 110.1 des gleichen Gesetzes legt fest: «Die Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen für die verschiedenen Parteilisten innerhalb eines Wahldistrikts werden durch die Zahlen 1, 2, 3, 4 und so weiter dividiert, bis die Zahl der derart ermittelten Quotienten, ordnungsweise gegliedert nach der arithmetischen Grösse, der Zahl der dem Distrikt zugesprochenen Sitze entspricht.» Die politischen Parteien erhalten nach dieser Logik so viele Sitze, wie sie den nach diesem Verfahren ermittelten Quotienten entsprechen.

Dies ist die Methode von d'Hondt. Sie wurde bei den Wahlen von 1993 und 1997 angewendet. 1991 wurde jedoch die Saint-Laguë-Methode angewendet. Wo liegt der Unterschied? Beide Methoden funktionieren nach dem Prinzip des Aufteilens der Parteistimmen durch eine Serie von Divisoren und der Zuteilung der Parteisitze entsprechend den höchsten Quotienten. Der Unterschied liegt darin, dass man bei der Methode nach d'Hondt nur ganze gerade Zahlen als Divisoren verwendet, also 1, 2, 3, 4 usw., wohingegen diese Divisoren bei der Methode nach Saint-Laguë nur ungerade Zahlen sein dürfen, nämlich 1, 3, 5, 7 usw. Diese letztere Methode, die von André Saint-Laguë 1910 entwickelt worden ist, tendiert dazu, kleine Parteien zu begünstigen, indem sie es grösseren Parteien erschwert, zusätzliche Sitze zu gewinnen.

1991 kam bei den Wahlen zum polnischen Parlament eine modifizierte Saint-Laguë-Methode zur Anwendung, die ihr Modell in einigen skandinavischen Ländern gefunden hat. Ihr zufolge war der erste Divisor nicht 1, sondern 1,4 (eins Komma vier). Diese Modifizierung wirkte sich so aus, dass sie die Begünstigung der kleineren Parteien reduzierte, indem sie es erschwerte, den ersten Sitz zu gewinnen.

Und jetzt sind unsere Parlamentarier daran, den Modus noch einmal zu verändern, indem sie eine modifizierte d'Hondt/Saint-Laguë-Version vorschlagen, bei welcher die Divisoren-Serie so aussähe: der erste Divisor ist 1, dann folgt 4 (!), dann 5, 7, 9 usw. Diese Methode wird kleine Parteien noch einmal begünstigen, die politische Szene noch mehr fragmentieren und damit den Sejm zusätzlich schwächen.

Um das ganze Abrakadabra zu verstehen, wollen wir es an einem einfachen mathematischen Beispiel einmal durchexerzieren.

Nehmen wir an, in einem typischen Wahlbezirk seien 10 Abgeordnetensitze unter den erfolgreichen Parteien zu verteilen. Nehmen wir ferner an, dass es 6 politische Parteien sind, die auf nationaler Ebene die 5%-Hürde genommen haben. Diese Parteien nennen wir A, B, C, D, E und F. Nehmen wir schliesslich an, Partei A habe 34% der Stimmen gewonnen, Partei B 16%, Partei C 10%, D 7%, E 5,5% und F habe mit 5,1% die Hürde gerade noch knapp genommen.

Beispiel 1: Die d'Hondt-Formel

Wenden wir die d'Hondt-Methode auf diese Ergebnisse an und ermitteln wir die

entsprechenden Quotienten. Dies ergibt für die erfolgreichen Parteien folgende Divisionen:

A: 34/1, 34/2, 34/3, 34/4, 34/5, 34/6 usw.

B: 16/1, 16/2, 16/3, 16/4, 16/5, 16/6 usw.

C: 10/1, 10/2, 10/3, 10/4, 10/5, 10/6 usw.

D: 7/1, 7/2, 7/3, 7/4, 7/5, 7/6 usw.

E: 5,5/1, 5,5/2, 5,5/3 usw.

F: 5,1/1, 5,1/2, 5,1/3 usw.

So ermittelt sind die höchsten Quotienten die folgenden: 34/1 (Partei A), 34/2 (Partei A), 16/1 (Partei B), 34/3 (A), 10/1 (C), 34/4 (A), 16/2 (B), 7/1 (D), 34/5 (A) und 34/6 (A). Die Sitzverteilung für diesen Wahlbezirk sieht nach der d'Hondt-Methode also so aus: Partei A erhält 6 Parlamentssitze, Partei B erhält 2, C und D je einen Sitz, und die Parteien E und F gehen leer aus. So errechnet erhält die Partei A, die 34% der Wählerstimmen auf sich vereinigt hatte, 60% der Parlamentssitze und wird damit erdrückende Mehrheit.

Beispiel 2: Die modifizierte Saint-Laguë-Formel

Wenden wir auf die gleichen Wahlergebnisse nun die modifizierte Sitzverteilungsmethode nach Saint-Laguë an und vergleichen wir das Resultat:

A: 34/1,4, 34/3, 34/5, 34/7, 34/9 usw.

B: 16/1,4, 16/3, 16/5, 16/7 usw.

C: 10/1,4, 10/3, 16/5, 16/7 usw.

D: 7/1,4, 7/3, 7/5, 7/7 usw.

E: 5,5/1,4, 5,5/3, 5,5/5 usw.

F: 5,1/1,4, 5,1/3, 5,1/5 usw.

Jetzt sieht es etwas hübscher aus. A erhält 5 Sitze, B erhält 2 und die Parteien C, D und E erhalten je einen Sitz. F erhält wieder keinen Sitz. Ein solches Ergebnis ist für eine «wirkliche» Demokratie ein bisschen besser. Die Partei A verfügt zwar immer noch über die Hälfte aller Sitze, aber alle anderen Parteien können eine gleich starke Koalition bilden, und das ist natürlich die bessere Ausgangslage für die in diesen Kreisen so beliebten Parteispieler.

Aber diese Partei ist ihnen immer noch etwas zu riskant. Die Partei A ist dabei immer noch viel zu stark. Sehen wir uns also flugs nach einem noch «besseren» System um, kreieren wir die Methode des modifizierten Systems d'Hondt/Saint-Laguë! Das nächste Beispiel zeigt, wie es sich auswirkt:

Beispiel 3: Die modifizierte d'Hondt/Saint-Laguë-Formel

Ihr zufolge ergeben sich nach den gleichen angenommenen Wahlergebnissen folgende

Quotienten:

A: 34/1, 34/4, 34/5, 34/7, 34/9 usw.

B: 16/1, 16/4, 16/5, 16/7 usw.

C: 10/1, 10/4, 10/5, 10/7 usw.

D: 7/1, 7/4, 7/5, 7/7 usw.

E: 5,5/1, 5,5/4, 5,5/5, 5,5/7 usw.

F: 5,1/1, 5,1/4, 5,1/5, 5,1/7 usw.

Jetzt sind sie endlich da, wo sie hinwollten: Die Dominanz von Partei A hat sich auf 4 Sitze reduziert, B erhält 2, und alle anderen Parteien erhalten je 1 Sitz. Es gibt keine regierende Mehrheit mehr, keine Partei kann die Regierung aus ihren eigenen Kräften bilden. Somit gibt es auch keine Partei, welche die volle Verantwortung für sämtliche Regierungsgeschäfte übernehmen muss; somit können sämtliche Politspiele für wechselnde Koalitionsregierungen nach Belieben zur Anwendung kommen: A kann eine Koalition mit B bilden, B eine ebensolche mit C und D, E mit C, D, F und so weiter und so fort.

Das sind die «Annehmlichkeiten» der sogenannten proportionalen Repräsentation. Sie hat nichts zu tun mit dem Begriff Proporz, den man im staatsbürgerlichen Unterricht in der Schule lernt, sie hat nichts zu tun mit dem Volk und seinem Willen, sie ist im Gegenteil der gepflasterte Weg, der direkt in ein Regieren ohne Verantwortung mündet. Sie hat auch nichts zu tun mit dem Verfassungsartikel 96, der eingangs erwähnt wurde: denn solche Wahlen sind weder gleich noch direkt. Sie sind im Gegenteil ein Wettrennen, dessen Teilnahme Parteilieblichen vorbehalten ist, denn nur Parteiapparate sind berechtigt, Namen von Kandidaten auf Wahllisten zu setzen.

Die Bürgerbewegung für Wahlreform in Polen hat sich zum Ziel gesetzt, eine solche «Demokratie», die in Wahrheit keine Demokratie ist, sondern eine Partitokratie, abzuschütteln. Wir sind der Ansicht, dass solche Verzerrungen der Demokratie die Korruption begünstigen, dass sie die nationalen Interessen schädigen, die Souveränität unseres Landes beschneiden und Polen gegenüber unwillkommenen externen Einflüssen und politischen Interessen wehrlos machen. Wir glauben, dass unser Land und unsere Bevölkerung mit der alten Idee des FPTP-Systems (ein Repräsentant pro Wahldistrikt, gewählt mit einfachem Mehr) viel besser fährt, ein System, welches den Begriff des Fair play bei Wahlen wieder zurückbringt und welches dem Begriff Verantwortung in unserem politischen Leben wieder jenen Platz einräumt, der ihm gebührt.

(Übersetzung des englischen Originaltextes durch Zeit-Fragen)

Artikel 7: Zeit-Fragen Nr. 80b vom 5.6.2001, letzte Änderung am 6.6.2001

Zum Artikel-Anfang: auf den roten Balken klicken!

© Zeit-Fragen 2001, Redaktion und Verlag, Postfach, CH-8044 Zürich, Tel. +41-1-350 65 50, Fax +41-1-350 65 51 <http://www.zeit-fragen.ch>

[home](#) | [Über Zeit-Fragen](#) | [Leserdienst](#) | [Links](#) | [Archiv](#) | [Themen](#) | [Artikel 1](#) | [2](#) | [3](#) | [4](#) | [5](#) | [6](#) | [7](#)